

## Bei Strukturreformen an Kinder denken

Zivilgesellschaftliches Bündnis fordert mehr Investition in soziale Infrastruktur

**Diakonie Pfalz**  
**Diakonisches Werk der**  
**Evangelischen Kirche der Pfalz**  
**(Protestantische Landeskirche)**

**Leitung Kommunikation**  
**Pressesprecherin**

Yasemin Böhnke

T +49 6232 664-196

M +49 17611664196

[yasemin.boehnke@diakonie-pfalz.de](mailto:yasemin.boehnke@diakonie-pfalz.de)

[www.diakonie-pfalz.de](http://www.diakonie-pfalz.de)

Speyer, 26.06.2025

Angesichts der laufenden Haushaltsverhandlungen fordert ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis die Bundesregierung auf, mit umfassenden Strukturreformen die soziale Infrastruktur für Kinder und Familien massiv zu stärken. „Investitionen in Kinder und Jugendliche sind Investitionen in Wohlstand und Demokratie“, erklärt der Ratschlag Kinderarmut, ein Zusammenschluss aus 49 Organisationen und drei Wissenschaftler\*innen, in einem gemeinsamen Appell. In Deutschland entscheiden die soziale Herkunft und der Wohnort maßgeblich über Teilhabemöglichkeiten und Zukunftschancen. Familien und Kinder, die in Armut leben, sind mit vielfältigen Benachteiligungen konfrontiert. „Wirtschaft und Gesellschaft können jedoch ihr volles Potential nicht entfalten, wenn einem Teil der Kinder und Jugendlichen keine echte Chance auf Entwicklung gegeben wird“, erklärt das Bündnis.

„Wir stimmen den Forderungen nachdrücklich zu und können aus unserer Beratungstätigkeit bestätigen, dass Armut Kinder und Jugendliche ausgrenzt und ihnen echte Chancen raubt. Als Diakonisches Werk setzten wir uns deshalb mit aller Kraft dafür ein, dass jedes Kind in unserem Land faire Chancen auf ein gutes Aufwachsen erfährt“, so Albrecht Bähr, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werk Pfalz mit Geschäftsstellensitz in Speyer.

In Armut lebende Kinder und Familien sind besonders auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen, die Ungleichheiten kompensiert und die Weichen für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut stellen kann. Niedrigschwellige Unterstützungs-, Beratungs- und Freizeitangebote, Förder- und Sprachunterricht, eine ausreichende Kinderbetreuung, ein Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr oder die Nähe zu einem Sportverein – all diese Möglichkeiten können Biografien prägen. Aktuell wird die soziale Infrastruktur in Deutschland den Bedarfen nicht gerecht.

Die Liste der Probleme ist lang und reicht von fehlenden Fachkräften über unzuverlässige Betreuungszeiten bis hin zu maroden Schultoiletten. Die 49 unterzeichnenden Organisationen des Appells fordern daher die Bundesregierung auf: „Nehmen Sie Geld im Bereich der sozialen Infrastruktur in die Hand, damit Kinder und Jugendliche nicht ihrer Chancen beraubt werden!“ Notwendig ist eine breite Palette an Maßnahmen, darunter eine bedarfsgerechte Finanzierung der frühkindlichen Bildung, mehr Investitionen in die Qualität von Kitas, Haushaltsmittel für den Kampf gegen Kinderarmut und ein kostenloses Mittagessen für benachteiligte Kinder und Jugendliche in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen.

Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Strang ziehen und zusätzliche Finanzspielräume schaffen, damit die soziale Infrastruktur massiv gestärkt werden kann. Diese Investitionen für Kinder und ihre Familien werden sich langfristig auszahlen, denn sie führen zu weniger Armut, mehr Wachstum und mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt.

**Hintergrund:**

Diesen Appell haben unterzeichnet:

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V.  
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.  
Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e. V.  
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW  
AWO Bezirksverband Hannover e. V.  
bke Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V.  
Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung e. V.  
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.  
Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit e.V. (BAG ÖRT)  
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. Bundesjugendwerk der AWO e. V.  
Bundesverband der Mütterzentren e. V.  
Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung  
Der Kinderschutzbund Bundesverband e. V.  
Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF e. V.)  
Deutscher Bundesjugendring e. V.  
Deutscher Caritasverband e. V.  
Deutscher Gewerkschaftsbund Deutsches Kinderhilfswerk e. V.  
Diakonie Deutschland  
Diakonie Mitteldeutschland  
evangelische arbeitgemeinschaft familie e. V.  
Evangelischer Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e. V. (EBET) - Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe  
Familienbund der Katholiken (Bundesverband) e.V.  
FiscalFuture e. V.  
Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)  
Humanistischer Verband Deutschlands – Bundesverband e. V.  
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.  
Internationaler Bund (IB)  
Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.  
KINDERVEREINIGUNG e. V.  
Landesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland  
Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz  
Landesfamilienrat Baden-Württemberg  
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V. (LVG & AFS Nds. HB e. V.)  
Mütterforum Baden-Württemberg e. V.  
National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention  
Progressiver Eltern- und Erzieher\*innen-Verband NRW e. V. (PEV)  
Save the Children Deutschland

Sozialforum Kaiserslautern  
Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD)  
Sozialverband VdK Deutschland e. V.  
Tafel Deutschland e. V.  
Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V.  
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.  
ver.di Erwerbslosenausschuss Baden-Württemberg/Mittelbaden-Nordschwarzwald  
Volkssolidarität Bundesverband e. V.  
wellcome gGmbH Zukunftsforum Familie e. V.

Darüber hinaus wird der Appell mitgetragen von:  
Dr. Maksim Hübenthal, Freie Universität Berlin  
Gerda Holz, Politikwissenschaftlerin und Sozialarbeiterin, Bochum  
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Institut für Sozialökologie (ISÖ)

Zum Wortlaut der Forderung: [Appell-Investitionen-in-Kinder-und-Jugendliche.pdf](#)